

07.08.2017	9.07
Datum	Uhrzeit

17V 1744

[Handwritten signature]



Anhörungsverfahren im Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und

Verbraucherschutz des Landtags Rheinland-Pfalz am 05.09.2017

zu Drs. 17/2897

Stellungnahme zum Antrag der Fraktionen SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen
von Tobias Vogt, Ortsbürgermeister der Gemeinde Buch

Eigenständige Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz – eine gute Investition in die Zukunft unseres Landes

Als Grundlage des Antrags werden die Ergebnisse des 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz und des 15. Kinder- und Jugendbericht des Bundes ausgewertet. Die Eingangsthese lautet, dass es Jugendliche und junge Erwachsene aufgrund des demographischen Wandels schwer haben, ihre Interessen in Gesellschaft und Politik einzubringen, da ihre Themen als weniger bedeutsam erscheinen.

Diese These kann ich aus den Erfahrungen meiner Tätigkeit als „junger“ Ortsbürgermeister in Teilen insbesondere für ländliche Gebiete untermauern. Oft liegt dies aber nicht am fehlenden Gehör der Kommunalpolitik. Ganz im Gegenteil bemühen sich Kommunalpolitiker im ländlichen Raum sehr um Jugendliche und junge Erwachsene, um die Zukunft des Ortes zu sichern. In der Kommunalwahl 2014 kandidierte ich mit einem Programm, das neben dem Thema Generationenübergreifender Zusammenhalt insbesondere die Zukunftsgestaltung des Ortes unter den Interessen junger Erwachsener beinhaltet. Dies brachte mir in der Wahl eine breite Zustimmung und in der täglichen Arbeit als Bürgermeister bestätigt sich, dass große Teile der Bürgerinnen und Bürger eine Politik, die die Interessen junger Familien in den Vordergrund stellt, unterstützen und als zukunftsweisend für den Ort ansehen.

Die Problematik ergibt sich eher daraus, dass die Ortsgemeinden in der politischen Zukunftsgestaltung sehr stark eingeschränkt werden. Jede Generation passte Strukturen und Ortskerne an die eigenen Bedürfnisse an. So wandelten sich Ortskerne und Orte über die Jahrhunderte ständig. Aufgrund übergeordneter Regulatorik wird es den jungen Erwachsenen im ländlichen Raum heute allerdings sehr schwer gemacht die Orte nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Als Beispiele möchte ich die Ausweisung neuer Baugebiete nennen (junge Familien möchten auch die Möglichkeit haben in Neubausiedlungen zu leben und lassen sich nicht aufdiktieren an die Hauptstraßen zu ziehen – im Zweifel wird der Ort gewählt, der ihnen dies bietet und die anderen Orte veröden) und das Landesstraßengesetz §3 Abs.2, dessen Umsetzung zu einer einseitigen Belastung der ländlichen Kommunen führt und insbesondere dort Gestaltungsspielräume nimmt, wo sie am dringendsten benötigt werden. Außerdem ist gerade Mobilität eines der wichtigsten Themen junger Bewohner des ländlichen Raumes und daher muss gerade hier eine Lösung gefunden werden.

Als Lösung des Problems wird in dem Antrag die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen angeführt. Gemäß meiner Ausführungen oben halte ich jedoch nicht das fehlende Gehör / die fehlende Möglichkeit Jugendlicher sich einzubringen für die Ursache des Problems. Vielmehr ist eine übergeordnete Regulatorik und die damit verbundene fehlende Möglichkeit junger Erwachsener die eigenen Vorstellungen umzusetzen der Kern des Problems. Insbesondere in der Kommunalpolitik, die näher an den Menschen dran ist als alle anderen Ebenen, werden Jugendliche gehört. Daher kann die Lösung nur in einer breiteren Kompetenzausstattung der Kommunen liegen.

Die Absenkung des Wahlalters führt aus meiner Sicht in dieser Problematik zu keiner Lösung, bringt aber erhebliche Gefahren mit sich. So könnte die Absenkung des Wahlalters ausschließlich für Kommunalwahlen so interpretiert werden, dass Kommunalwahlen Wahlen 2. Klasse sind und daher die Reife der Wähler nicht so bedeutend sei wie bei Landtags- oder Bundestagswahlen. Aus juristischer Sicht werden die Bürgerrechte von den Bürgerpflichten entkoppelt, daher müsste eigentlich gleichzeitig über die Absenkung z.B. der vollen Strafmündigkeit auf 16 Jahre diskutiert werden. Ziel der Wahlalterabsenkung ist es, dass Jugendliche in ihren Bedürfnissen und Themen ernst genommen werden. Jedoch zeigen repräsentative Umfragen, dass eine Mehrheit unter den jungen Erwachsenen eine Absenkung des Wahlalters auf 16 ablehnt (z.B. *Mente Factum, Mecklenburg Vorpommern 2014*). Warum beginnen wir also nicht bereits in dieser Frage die Mehrheit der Jugendlichen ernst zu nehmen.

Trotzdem stellt der Antrag richtigerweise heraus, dass Jugendlichen ermöglicht werden muss sich in den demokratischen Prozess und die Gesellschaft einzubringen. Dies gelingt bereits hervorragend in ehrenamtlichen Tätigkeiten in Sportvereinen, Jugendfeuerwehren, kirchlichen Jugendgruppen, politischen Jugendorganisationen etc. Diese Tätigkeiten sollten gefördert und politisch nach allen Möglichkeiten unterstützt werden.

Darüber hinaus halte ich insbesondere im ländlichen Raum selbstverwaltete Jugendräume sowie Jugendparlamente für geeignete Instrumente. Hier können Jugendliche Verantwortung übernehmen, Teamfähigkeit und Selbstorganisation erlernen sowie Mehrheitsfindungen und politische Prozesse erfahren und verstehen. Da in diesen Einrichtungen vornehmlich die Themen der Jugendlichen diskutiert werden, ist das Interesse ebenfalls gesichert. Wichtig ist dabei, dass Jugendliche die Themen, die sie in den Gremien erarbeitet haben, auch in die Räte der politischen Entscheidungsfindung einbringen können. Folglich ist eine Mittelerhöhung vom Land zur Unterstützung der Jugendarbeit zu begrüßen.

Der Antrag enthält viele „weiche“ Forderungen, die in dieser Form vermutlich von niemanden abgelehnt werden. Daher eine kurze Zusammenfassung meiner Sicht zu den konkreten Punkten im Antrag:

- Ich befürworte ebenfalls die Mittelerhöhung im Bereich der Jugendförderung und den Ausbau der Jugendarbeit im ländlichen Raum mit mobilen Lösungen. Falls es hier bereits konkrete Ansätze gibt, würde ich mich sehr dafür interessieren.
- Zum Thema der aufsuchenden Jugendsozialarbeit fehlen mir Erfahrungswerte, um dies beurteilen zu können.
- Gegen die Erstellung eines dritten Kinder-, Jugendberichts Rheinland-Pfalz spricht grundsätzlich nichts, sofern Ergebnisse tatsächlich auch in konkreten Projekten münden.
- Die Absenkung des Wahlalters auf 16 lehne ich aus angeführten Gründen ab und entspricht auch nicht den Interessen der Jugendlichen selbst.

Das Thema der Jugendarbeit ist wichtig und richtig zu diskutieren, Foren zu bilden und Berichte zu erstellen. Doch es muss auch gewährleistet werden, dass nicht nur Gesprochen wird, sondern auch Taten folgen. Dies ist aus meiner Sicht die jetzt bevorstehende große Herausforderung, bevor weitere Foren installiert oder Berichte erstellt werden.